

Bitterweyer Anzeiger.

Der „Bitterweyer Anzeiger“ erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.
Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Postämter nehmen zu diesem Preise incl. Postaufschlag Bestellungen an.



Der Inserationspreis beträgt pro einseitige Zeile 10 Pf. Anzeigen werden bis Dienstag und Freitag Mittag angesetzt.
Alle Anzeigen-Bureau nehmen Inserate für dieses Blatt an. Einrückungsaufträge an alle auswärtigen Blätter werden ohne Preisauflage vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: J. Glöde in Bitterweyer.

Verlag und Redaktion von J. Glöde in Bitterweyer.

Bismarck über die heutige Politik.

Fürst Bismarck hat vor seiner Abreise aus Wien einem Vertreter der „Neuen freien Presse“ ein Herz ausgeschüttet und das genannte Blatt mit dem Inhalt eines spaltenlangen Berichtes über die heutige Unterredung. Verschiedene Urtheile des ehemaligen Reichskanzlers hat man ja schon aus seinen Ansprachen an verschiedene Deputationen, die ihn in Friedrichshagen anstießen, vernommen; auch war man geneigt, viele Fehdeparolen, die sich in den „Hamb. Nachr.“, in der „Münchener Allg. Ztg.“ und in der neuen „Westdeutschen Allg. Ztg.“ fanden, auf das Konto des Fürsten zu setzen. Bei dem Interview, das das Wiener Blatt veröffentlicht, hat man es — vorausgesetzt, daß die Mittheilungen genau sind — zum ersten Male mit einem nicht-anonymen, umfassenderen Urtheile des vormaligen Reichskanzlers über die Politik seiner Nachfolger zu thun.

Vorweg mag bemerkt werden, daß der Ton, in dem Fürst Bismarck sprach, ein ziemlich geistreicher war. Die Gründe, die er auf seiner Seite empfangen, mochten dazu beigetragen haben; die Bevölkerung empfing ihn in Dresden und Wien (wie später auch in München) mit ungeheurer Begeisterung — die Monarchen aber waren für ihn nicht zu sprechen.

Bei der Unterredung brühte Bismarck zunächst seine Freude darüber aus, daß die Oesterreicher ein besseres Gedächtniß für seine Oesterreich nützende Thätigkeit als für die Zeit hätten, in der er gegen die habsburgische Monarchie wand. Er habe den Handelsvertrag mit Oesterreich als den besten handelspolitischen Vertrag angesehen, den Oesterreich je abgeschlossen. Dies gelte auch von dem Handelsvertrage mit der Schweiz und demjenigen mit Italien. Er mache jedoch den österreichischen Staatsmännern keinen Vorwurf daraus, daß sie die Schwäche und Unzulänglichkeit der deutschen Unterhändler ausnützten. In Deutschland ständen jetzt Männer, die er früher im Dunkeln gehalten, im Vordergrund, weil eben alles hätte geändert und gewendet werden müssen.

Indem der Fürst sich der auswärtigen Politik zuwendete, hob er hervor, daß Deutschland seine Erweiterung seines jetzigen Gebietes wünsche, daß ein Krieg, der nicht notwendig, eine schreckliche Geißel sei, daß wir doch unmöglich einen Ausbruch nach Rußland unternehmen könnten, um dort, wo kein Geld vorhanden, solches zu haben. Er bemerkte weiter, Rußland, das mit den Deutschen in den baltischen Provinzen schwer fertig werde, wünsche gewiß nicht, sein Gebiet auf Deutschlands Kosten zu vergrößern. Auch Oesterreich habe „Bosnien genug“.

Ueber den Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses und die Stellung zu Rußland sagte der Fürst, sein Gedanke sei bei der Schaffung des Bündnisses sei gerade im Interesse Oesterreichs der gewesen, den Zusammenhang mit Rußland nicht zu verlieren. Auf die Frage des Interesses, ob sich dies geändert habe, antwortete Bismarck: „Nein!“

„Ja! ja!“ — wozu? — Daburch, daß wir keinen Einfluß mehr auf die russische Politik besäßen, daß wir nicht mehr in die Lage kommen, Rußland zu rufen. Was kann denn ein Staatsmann thun? Er muß die Kriegsgefahr konstatieren und sie verurtheilen.“ Er meinte, daß die jetzige Reichsregierung in Rußland kein Vertrauen mehr habe, daß sie u. a. durch ihre Polenpolitik die Gründe nach Petersburg hin abzumitteln habe. Der Krieg mit Frankreich mag unabweislich sein, es handelt sich da immer darum, daß der Mann sich dort finde, der das Pulver in das Pulver — schüttet, damit es aufsteigt. Das ist eine Frage, der wir im Laufe der Jahre kaum ausweichen werden. Anders ist es jedoch mit Rußland! Deutschland hat nicht das geringste Interesse daran, einen Krieg mit Rußland zu führen, und umgekehrt. Zwischen uns liegt nicht der geringste Gegenstand der Interessen; wir haben von einander nichts zu wünschen und von einander nichts zu gewinnen. Auch Oesterreich ist ein niedrigerer Staat, und gerade Oesterreich könnten wir dienen, wenn der Draht, der uns mit Rußland verband, nicht abgerissen wäre.“

Auf die Frage, ob der Fürst bei diesen Bemerkungen gegen die jetzige deutsche Politik nicht das

Bedürfnis habe, die Leitung wieder zu übernehmen, entgegnete er, das sei ganz ausgeschlossen. Er sei dem Reichstag fern geblieben, nicht weil er sich für den Reichstag nicht rüstig gefühlt, sondern weil er dort die Regierung mit offenem Visir hätte angreifen müssen, gewissermaßen als Chef der Opposition. Dies würde ihn in viele persönliche Gegenstände gebracht haben.

„Aberdings habe ich gar keine persönlichen Verpflichtungen mehr gegen die jetzigen Persönlichkeiten und gegen meinen Nachfolger. Alle Brücken sind abgebrochen! Man hat davon gesprochen, mich zum Präsidenten des Staatsrates zu machen. — Warum nicht lieber zum General-Adjutanten, da ich doch die Uniform trage. Dann könnte ich die Minister gegen den Kaiser oder den Kaiser gegen die Minister stützen, und die Camarilla wäre fertig, auf solche Dinge gehe ich nicht ein.“ Und hier lachte der Fürst herzlich und sagte: „Dazu fehlt mir doch die christliche Demuth.“

Schließlich stellte es der Fürst als nicht wahrscheinlich hin, daß ihn andere Notwendigkeiten veranlassen könnten, in den Reichstag zu gehen; aber eine Kritik der heimathlichen Zustände könne man einem so alten Politiker, wie ihm, nicht verwehren.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser trat am Freitag abend 11 Uhr bei Meise nach Kiel an. Von Kiel aus erfolgt, wie bereits erwähnt, alsbald ein Besuch in Sletting und am Abend des 29. Juni beginnt die Nordlandsfahrt nach Norwegen.

* Die königlichen Gassen aus Italien haben am Freitag abend Polsham verlassen und sich nach Dresden und Frankfurt a. M. begeben, von wo aus sie auch der Kaiserin Friedrich einen Besuch abstatteten.

* Das Dankfesttelegramm, das der römische Gemeinderat durch den Bürgermeister Herzog Gaetani an den Berliner Bürgermeister Jelle sandte, hat folgenden Wortlaut: Der Gemeinderat von Rom sendet einen warmen und aufrichtigen Dank der Stadt Berlin für den feierlichen und liebenswürdigen Empfang, der Ihren Majestäten dem König und der Königin von Italien d. r. h. ertheilt worden ist. Dieser Gruß möge eine Subsidium für ganz Deutschland, unseren treuen und ruhmvollen Freund, gleichzeitig sein.

* Eine Novelle zum Markenaußgelese soll dem Reichstag in der nächsten Session zugehen. Die jetzige Fassung des § 18 des Markenaußgelesee soll den Schutz hinsichtlich machen können, insofern danach solche Nachahmungen von Warenzeichen nicht strafwürdig erscheinen, in denen bei Anwendung von Unmerkensähnlichkeit ein Uebertrieb von dem Originale geandert werden kann. Das bedarf der genaueren Fassung. Ferner soll jede widerrechtliche Anzeigung von Warenzeichen mit Gefängnisstrafe geahndet werden und nicht, wie bisher, dem Richter die Wahl zwischen Gefängnis und Geldstrafe freistehen. Weiterhin soll auch gegen die Anzeigung ausländischer Firmen, die die inländische Erzeugung zu schädigen geeignet ist, vorgegangen werden können.

* Die Neuregelung des Apothekenwesens ist jetzt nach langwierigen Verhandlungen für das ganze Reich in Aussicht genommen, ein Abschluß der Verhandlungen ist aber nicht zu erwarten, da die Verhältnisse selbst der Bestimmungen in den einzelnen Bundesstaaten die Schaffung einheitlicher Gesetzesbestimmungen erschweren.

* Das V. T. erhält von seinem Berichterstatter in Sansibar allerlei Nachrichten aus Deutsch-Afrika, nur keine guten: Seit dem Abmarsch des Leutnants Prince von Stoloffa umweht des Ruaha, wo er mehrere Monate lang zur Beobachtung der Nilflut und Wasserstationiert war, herrscht in Mosagara eine drohende Hungersnoth, die in offener Luft auszusäuen droht; es heißt, Leutnant Prince sei wieder nach Mosoga gelangt worden. — Leutnant v. Willow ist in Maaraqua getrauert, Leutnant Wolfram in Mosoga verbrannt. Die englische Mission am Kilimandscharo hat den Schagags Waffen und Munition geliefert. Hier erwartet man die Ausweisung aller englischen Missionare aus dem deutschen Kilimandscharo-Gebiet.

Oesterreich-Ungarn.

* Vom Währungsaußschuß des österreichischen

Abgeordnetenhauses wurde die Einführung von Nickelmünzen in die neue Währung abgelehnt.

* Das ungarische Abgeordnetenhaus beschloß am Freitag mit 169 gegen 92 Stimmen, über die Interpellation Polowitsz betr. die „Hamburger Nachrichten“ zur Tagesordnung überzugehen.

Frankreich.

* Das Gesetz, welches die Dienstzeit in der Reserve in Frankreich um drei Jahre erhöht, ist von der Kammer angenommen worden. Der Kriegsminister erklärte, das Gesetz würde weder die Zahl noch die Güte der Mannschaften ändern, sondern beabsichtigt nur, sie zu einem Gliede der Armee zu machen, das im Falle einer Mobilisierung leichter als bisher aufgegeben werden könne.

* Auch den Franzosen werden die Militärskosten zu viel. Die Budgetkommission der Kammer hörte am Donnerstag den Marine-Minister über die Frage der Ergänzungs-kredite in Höhe von 39 Millionen für die diesjährigen Leihungen. Die Kommission sprach davon 15 Millionen. Der Minister erklärte, er könne die Herabminderung nicht annehmen. Diefelbe würde die Ausführung des von der Kammer selbst festgestellten Programms für die Ausrüstung und Neubauten unmöglich machen. Die Kommission hielt nahezu alle Abstriche aufrecht und stellte nur 3 Millionen von den geführten 15 Millionen wieder her.

* Der Pariser „Figaro“ fordert, daß Paris in der Frage der Weltausstellung Berlin zuvorkomme und man unüberzüglich eine Pariser Weltausstellung für das Jahr 1893 beschließe. Es sei geschichtliches Herkommen, daß Frankreich alle 11 Jahre (1867, 1878, 1889) eine Weltausstellung veranstalte.

* Die brasilianische Gesandtschaft in Paris bekräftigt die Meldung von der Besetzung Porto Alegre; es seien nur aus Irrtum drei Schiffe abgefeuert worden.

England.

* Am Donnerstag ist der Wahlausruf Gladstones an seine Wähler veröffentlicht worden. Darin wird als die wichtigste Frage, die zu entscheiden ist, die irische Frage gestellt. Gladstone betont aber auch die Nothwendigkeit, die Lage der Arbeiter zu verbessern, hauptsächlich durch die Umgestaltung des bei der Einweisung in die Wählerlisten besorgten Systems und durch eine Herabminderung der Arbeitsstunden, sowie durch eine Reform des Systems der Erbschaftsteuer für den Verkauf von Getreiden. Auch sei eine Verbesserung der Lage der Bergarbeiter anzustreben. Gladstone billigt die Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung bezüglich der Gesetzgebung über Postverwaltung und den Verkauf starker Landgüter. Gladstone schließt seinen Aufruf mit einem Dank an seine Wähler für das ihm geschenkte Vertrauen und bittet, ihm einen neuen Beweis davon zu geben.

* Prinz Ferdinand von Rumänien ist in London eingetroffen und hat sich mit dem Herzog von Edinburgh nach Windsor begeben, um der Königin einen Besuch abzustatten. Der Besuch des Königs von Rumänien und des Fürsten von Hohenzollern steht bevor. Die fortgesetzten Intrigen der Bacares sind bleiben selbstverständlich erfolglos.

Holland.

* Während der Abwesenheit der Königin-Regentin und der Königin von Holland haben in diesem Lande verschiedene sozialistische Kundgebungen stattgefunden, denen die niederländische Regierung bezüglich ihres Ursprungs eine ernsthaftere Bedeutung beilegen scheint. Die Regierung beabsichtigt, sehr scharf gegen die sozialistischen Demonstrationen und die Führer der Sozialisten vorzugehen. Es ist bereits eine Untersuchung wegen einer sozialistischen Verschwörung eingeleitet. Die öffentliche Meinung neigt nicht gegen die Sozialisten Partei. Der bekannte Führer Domela Nieuwenhuis wurde von einer erregten Menge mißhandelt und konnte nur mit Mühe vor einem gerechten Urtheil gerettet werden.

Ungarn.

* Das russische Ministerium für öffentlichen Verkehr ersehnt, wie man aus Petersburg meldet, alle höheren Eisenbahnbeamten polnische Herkunft in die königliche Polen durch solche russischer Nationalität. Erstere sollen Anstellungen im Innern Rußlands erhalten.

* Am 19. Juni hat in Astrachan auf dem Samardnagar die Verlesung eines Befehls des Zaren stattgefunden, demzufolge das gemeine Volk der Samardnagar von den herr-

schen Klassen unabhängig erklärt und dem gemeinen Volk das Recht freier Bewohner des Landes ertheilt wurde. Wie die „Nov. Wr.“ ausführt, wurden dadurch 150 000 Menschen befreit, die sich in moralischer und ökonomischer Erniedrigung und in thalrächerlicher Sklaverei in den Händen einer geringen Gruppe „Steuernherrscher“ befanden. Es schwinde die letzte Spur des Sklavenwesens in dem russischen Reich — äußerlich wenigstens, hätte das Blatt hinzufügen können.

Dallanstaaten.

* Ein Courier des Fürsten von Bulgarien, der mit Derscheid von Sofia zum Fürsten nach Paris reiste, wurde dieser Tage in Nizza verhaftet und erst, nachdem seine Identität festgestellt war, nach 24 Stunden wieder von der jetzigen Behörde in Freiheit gesetzt.

* Der neue Minister des Aeußeren in Griechenland, Dragumis, hat ein Rundschreiben an die Mächte gerichtet, in dem er die Absicht Griechenlands betont, an der bisherigen friedlichen Politik festhalten zu wollen. Dem Sultan hat der griechische Gesandte in Konstantinopel persönlich beruhigende Versicherungen über die auswärtige Politik des Ministeriums erlassen und bei dieser Gelegenheit ein eigenhändiges Schreiben des Königs Georg überreicht.

Afrika.

* Die Lage in Marokko scheint sich immer mehr zuspitzen; aus Fez über Tanger eingegangene Nachrichten belagen, der englische Spezialgesandte habe angeordnet, für den 25. d. alles zur Abreise nach Rabat vorzubereiten, wo er von Kriegsschiffen erwartet werde.

Von Nah und Fern.

Hochvertragsprozeß. Am 1. Juli wird vor dem Reichsgericht in Leipzig ein Hochvertragsprozeß verhandelt. Angeklagt sind Arbeiter Johannes Gamin, Handelsmann Remthaler und Schuhmacher Hermann Ruff aus Berlin, Arbeiter Heinrich Wimmer und Schriftleger Friedrich Döbberlein aus Jerslow, ferner Anstreicher Lambert Nöder aus Gelsenkirchen.

Prozeß Heintze. Bei der am Montag vor dem Berliner Schouwergericht wieder beginnenden Verhandlung gegen das Ehepaar Heintze wird Rechtsanwalt Albert Träger im Verein mit dem Rechtsanwalt Wallin die Verteidigung des Ehepaars Heintze, Rechtsanwalt Dr. Cohnmann diejenige der Ehefrau führen. Die Anklage wird wieder durch den Staatsanwalt Linger vertreten werden.

Zum Verkauf des Kaiserpostales in Danabritz erzählt man, daß kürzlich die Entschreibung des Oberpräsidenten eingetroffen ist, durch welche die i. J. von Regierungspräsidenten Dr. Stille ausgesprochene Verweigerung der Genehmigung zum Verkauf des Kaiserpostales bestätigt wird. Es ist in dem Erlass überdies ausdrücklich hervorgehoben, daß der Verkauf nur an inländische Institute erfolgen dürfe, die vollständige Sicherheit dafür bieten, daß der Postdauern in Deutschland bleibt.

Vom Rhythäuser schreibt man: Die fürstlich russländische Regierung hat angeordnet, daß die alte Burggrüne auf dem Rhythäuser, wo sie vor Verfall zu schätzen, frisch geputzt und geklammert werden soll. Der zu erbauende neue Burghaus wird in Rußgewänden aufgeführt, seine Länge ist auf 23 Meter bestimmt, Gemäldes und Dekorationen sollen den Rhythäuserlagen entsprechen. Eine Halle wird mehrere Hundert Personen aufnehmen können, ferner werden Logezimmer, eine Verkaufshalle und Stallungen für 24 Pferde hergerichtet. Eine Freisprechelung verbindet das neue Burghaus mit mehreren Orten der Umgegend.

Eine Subsidium für Schiff. In Stralsund hat die Kapelle des schwedischen Infanterie-Regiments in Schweden, welche dort Konzerte gab, auf der Stelle, wo Ferdinand v. Schill den Helmbrock erlitt, weihnachtliche Melodien vortragen und auf dem Grab von Schill einen Chor gehalten. Es wird allgemein erzählt, daß diese musikalische Subsidium auf Wunsch des Königs von Schweden erfolgt sei.

Interner Deamter. Der auf dem Hauptbahnhof in Mainz beschäftigte Postgefesliche Winderer aus Friedberg wurde wegen Unterschlagung im Amte verhaftet. Er hatte Anfang Mai einen Brief mit 1800 Mk. Inhalt und am Dienstag einen solchen mit 13 000 Mk. sich angeeignet. Bei der Verhaftung fanden sich noch 12 000 Mk. in den Kleibern versteckt, den Rest hatte der Dieb in lieberlicher Gesellschaft durchgebracht.

Eigenartiger Selbstmord. In einer